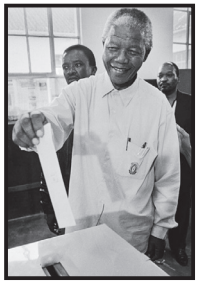
Nelson Mandela

Gelebtes Vorbild für Versöhnung und Vergebung



Der größte Freiheitskämpfer unserer Zeit, Nelson Mandela, ist gestorben – und obwohl in allen Medien ausführlich berichtet wurde, wollen auch wir sein Leben und Wirken würdigen.

Rolihlahla (Übersetzung: Unruhestifter) *Mandela*, Clan-Name *Madiba*, wurde am 18. Juli 1918 in Mvezo, einem Dorf in der Transke, geboren. Über seinen Vater gehörte er einer Nebenlinie des Königshauses der Thembu an; diese gehörte zum Volk der Xhosa. Der Junge wuchs mit seinen drei Schwestern und drei Brüdern in relativem Wohlstand auf. Als der Vater sein Amt und sein Vermögen nach einem Streit mit der weißen Provinzregierung verlor, zog die Mutter mit dem Jungen zu ihren Verwandten. Während sie Christin wurde, blieb der Vater den religiösen Traditionen der Xhosa verhaftet. Seinen Sohn ließ er allerdings methodistisch taufen, um ihm eine Schulbildung zu ermöglichen, und schickte ihn auf eine Methodistenschule. Hier erhielt er von seiner Lehrerin am ersten Schultag den Namen Nelson. Als sein Vater starb, war er 9 Jahre alt und wurde von dem Stammesoberhaupt Jongintaba adoptiert. Mit 16 Jahren zählte er traditionsgemäß nach dem Initiationsritual zu den Erwachsenen.

In seiner Biographie (*Der lange Weg zur Freiheit*, 1994) beschrieb er, dass er schon als Kind lernte, seine Gegner zu bezwingen, ohne ihnen die Ehre zu nehmen. Noch etwas lernte er, was er selber später immer wieder anwendete: in Stammesversammlungen unter der Leitung seines Adoptivvaters konnte jedermann seine Anliegen – auch Kritik am Anführer – offen äußern. Dieser hörte zunächst zu, ohne etwas zu sagen, und bemühte sich anschließend um eine einvernehmliche Lösung.

Mit der Aufnahme seines Studiums am University College von Fort Hare (u.a. Politik, Eingeborenenverwaltung, Römisch-Holländisches Recht) strebte er eine Dolmetscher– oder Beamtenkarriere an. Hier erhielten viele Afrikaner ihre akademische Ausbildung, die Jahre später im politischen Widestand eine führende Rolle spielen sollten. Doch als nach einem Jahr Mandelas Ziehvater eine Ehe mit einem Thembu-Mädchen für ihn arrangiert hatte, floh er nach Johannesburg, wo er zunächst als Wachmann in einem Goldbergwerk arbeitete. Hier wurde er, der sich bis dahin als schwarzer Adliger gefühlt hatte, vor allem als Schwarzer behandelt, den jeder Weiße ungefragt duzte. Später erhielt er eine Ausbildungsstelle in der Anwaltskanzlei Witkin, Sidelsky & Eidelman, dreier jüdischer Anwälte, deren Familien Anfang des 20. Jahrhunderts vor Judenprogromen von Litauen nach Südafrika geflohen waren. Sie hatten eigene Erfahrungen mit einer wahnhaften Rassentheorie gemacht und betrieben eine der wenigen Kanzleien, die auch schwarze Klienten akzeptierte. Nur hier wurde auch Mandela von Weißen Respekt und Anerkennung entgegengebracht. Über Nat Bregman, einem

jüdischen Kommunisten, der ebenfalls in der Kanzlei arbeitete, konnte Mandela sogar sagen: „Er schien völlig farbenblind zu sein und wurde mein erster weißer Freund."

Die Arbeit in der Kanzlei erlaubte ihm ein Fernstudium, das er 1943 mit einem Bachelor of Arts beendete. Mandela begann, durch den Generalsekretär des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC, gegründet 1912), Walter Sisulu, ermutigt, ein Jura-Studium an der Witwatersrand Universität und wurde politisch aktiv. 1944 trat er dem ANC bei und gründete mit anderen zusammen dessen Jugendorganisation. Mandela hing lange der Vorstellung eines konsequenten afrikanischen Nationalismus an. Im gleichen Jahr heiratete er Evelyn Mase; diese Ehe wurde jedoch 1958 wieder geschieden. Von den vier gemeinsamen Kindern starb ein Mädchen im Säuglingsalter, ein Sohn mit 24 Jahren bei einem Autounfall, der andere Sohn mit 54 Jahren an AIDS.

Nach den südafrikanischen Parlamentswahlen 1948 kam die Nationalpartei an die Macht und führte die Apartheid, die strikte Rassentrennung und Diskriminierung der farbigen Mehrheit, ein. Weil Mandela wegen seiner politischen Aktivitäten die Abschlussprüfung seines Jurastudiums mehrmals nicht bestanden hatte, musste er die Universität ohne Abschluss verlassen. Trotzdem eröffnete er 1952 zusammen mit Oliver Tambo, den er bereits von Fort Hare her kannte und der ebenfalls zum ANC gehörte (später als dessen Präsident), das erste ‹schwarze› Anwaltsbüro in Südafrika, leitete gewaltlose Kampagnen gegen das Regime und entwickelte den Mandela-Plan, ein Widerstandskonzept gegen die Apartheid. Von da an wurde Mandela immer wieder verhaftet und schikaniert. Mit 155 anderen Aktivisten wurde er 1956 des Landesverrats angeklagt; der Prozess endete aber 1961 mit einem Freispruch aller Angeklagten.

Mit Winnie Nomzamo Madikizela, der ersten schwarzen Sozialarbeiterin Johannesburgs und Bürgerrechtlerin, ging Mandela 1958 seine zweite Ehe ein.

Der Kampf des ANC gegen das Apartheidsregime wurde bis Anfang der 1960er Jahre ausschließlich friedlich geführt. Zwar war intern ein offenes Eintreten für kontroverse Auffassungen erwünscht und möglich, aber die Beschlüsse, die die entsprechenden Organe per Abstimmung dann trafen, mussten eingehalten werden. In seiner Biographie betonte Mandela seine unbedingte Loyalität zum ANC, obwohl er aus seiner Sicht etliche Fehler analysierte.

Nach dem „Sharpeville-Massaker", bei dem am 21. März 1960 bei friedlichen Protesten 69 unbewaffnete Demonstranten zumeist von hinten erschossen und zahlreiche weitere verletzt wurden, wurden der ANC und andere oppositionelle Gruppierungen verboten. Nun begann ein Umdenken in der Organisation. Nach einem eintägigen Generalstreik der Opposition im März 1961 – ein letzter friedlicher Versuch, die Regierung zu einer nicht-rassistischen Politik zu bewegen – erklärte Mandela das Scheitern dieser Bemühungen. Im Dezember wurde er der Anführer des bewaffneten Flügels des ANC, der zunächst in Form von gezielter Sabotage

militärische, industrielle und zivile Ziele angriff. Mandela wollte dabei bewusst kein Menschenleben riskieren, da er der Meinung war, dass das nur Verbitterung erzeugen und eine demokratische Zukunft für ein multiethnisches Südafrika behindern würde. Allerdings nahm er auch Kontakte mit Guerillakämpfern in anderen Ländern auf, verließ Anfang 1962 illegal Südafrika, besuchte mehrere afrikanische Länder und London, sprach mit Anführern von Befreiungsbewegungen und nahm an einem kurzen militärischen Training in Algerien und Äthiopien teil.

Nur eine Woche nach seiner Rückkehr nach Südafrika wurde er aufgrund von Hinweisen des CIA festgenommen und wegen illegaler Auslandsreisen und Aufrufen zu Streiks zu mehreren Jahren Haft verurteilt. Doch schon 1963 wurde Mandela mit 10 anderen Aktivisten wegen Sabotage, Umsturzversuchs und kommunistischer Aktivitäten angeklagt. Die Häftlinge wurden zunächst in Isolationshaft gehalten und durften erst zwei Tage vor der Anklageverlesung mit ihren Anwälten sprechen. Die Anklage wurde von den Verteidigern als fehlerhaft angefochten, woraufhin die Häftlinge entlassen werden mussten. Sie wurden aber sofort wieder festgenommen und es wurde eine neue Anklageschrift vorbereitet, die dann hauptsächlich den Vorwurf von Sabotage und der Planung einer gewalttätigen Revolution beinhaltete. Der Staatsanwalt forderte für die acht verbliebenen (schwarzen) Angeklagten die Todesstrafe. Zwei Tage vor Urteilsverkündung appellierte der Weltsicherheitsrat, bei dessen Abstimmung sich vier Länder enthalten hatten – darunter USA und England -, an die Regierung Südafrikas, den Prozess zu beenden und die Angeklagten freizulassen.

Am 20. April 1964, dem letzten Prozesstag vor der Urteilsverkündung, hatten die Angeklagten das Wort. Mandela hielt eine vierstündige Rede, die unter dem Titel *I am prepared to die* weltweit veröffentlicht wurde. Darin führte er detailliert aus, dass er kein Kommunist sei, lobte aber den Kampf der kommunistischen Genossen gegen die Unterdrückung durch die Weißen. Er erinnerte daran, dass der ANC 50 Jahre lang den gewaltfreien Widerstand gepredigt und gepflegt habe – die Antwort der Weißen sei aber immer mehr Gewalt gewesen, eine beispiellose juristische und militärische Aufrüstung. So habe er sich, nach Jahren des vergeblichen Kampfes, nicht für Terrorismus oder Guerillakrieg, sondern für Sabotage entschieden, um dem Regime wirtschaftlichen Schaden zuzufügen. Dann zitierte er die großen Texte der europäischen Rechtskultur, die Magna Charta, die Bill of Rights und die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, dazu bekenne er sich. Damit wollte Mandela das Unrecht des Verfahrens und des Systems deutlich machen. Er beendete sein Plädoyer weder mit einer Anklage gegen das Gericht noch mit der Bitte, freigelassen zu werden, sondern er berief sich auf das Ideal einer demokratischen und freien Gesellschaft, in der alle Menschen in Chancengleichheit zusammenleben. Dafür sei er bereit zu sterben. Das Regime antwortete mit dem Urteil einer lebenslangen Haft.

Den größten Teil davon brachte Mandela auf Robben Island zu, 1982 wurde er in ein Gefängnis in Kapstadt verlegt; ab 1985 wurde ihm mehrfach die Freilassung angeboten, die aber an Bedingungen (bezüglich des ANC) geknüpft war, was Mandela ablehnte. 1986 begann er geheime Gespräche mit der Regierung, erkrankte 1988 an Lungentuberkulose und erhielt daraufhin Hafterleichterung in einem eigenen Haus samt Koch und Pool auf dem Gelände.

Der ANC verstärkte seine Kampagne zur Freilassung Mandelas und auch international gab es zahlreiche Solidaritätsbekundungen. Anlässlich Mandelas 70. Geburtstags wurde ein großes Popkonzert organisiert, an dem zahlreiche Musiker teilnahmen und das in 60 Ländern ausgestrahlt wurde. Gleichzeitig setzte Ronald Reagan Mandela als ‹Terroristen› auf die Watch List und auch Margret Thatcher bezeichnete ihn so.

Während seiner Haft hatte Mandela sein abgebrochenes Jurastudium als Fernstudium an der London University wieder aufgenommen und schloss es 1989 mit dem Bachelor of Law ab. Außerdem hatte er Afrikaans gelernt, um die Weißen verstehen zu können, und befasste sich detailliert mit ihrer Geschichte – und ihren Ängsten.

Im gleichen Jahr traf Mandela zum ersten Mal mit Präsident Willem de Klerk zusammen, einige seiner Mitstreiter kamen frei und am 11. Februar 1990 wurde auch Mandela auf de Klerks Befehl freigelassen. Zuvor war das Verbot des ANC aufgehoben worden und Verhandlungen für ein demokratisches Südafrika begannen. In seiner Biographie schreibt Mandela: *„Während dieser langen, einsamen Jahre (der Haft) wurde aus meinem Hunger nach Freiheit für mein eigenes Volk der Hunger nach Freiheit aller Völker, ob weiß oder schwarz. [...] Ein Mensch, der einem anderen die Freiheit raubt, ist ein Gefangener des Hasses.[...] Der Unterdrückte und der Unterdrücker sind gleichermaßen ihrer Menschlichkeit beraubt. Als ich das Gefängnis verließ, war es meine Aufgabe, beide, den Unterdrücker und den Unterdrückten, zu befreien.“* Doch ein langer, noch schwierigerer Weg stehe noch bevor. *„Denn um frei zu sein genügt es nicht, einfach nur die Ketten abzuwerfen, sondern man muss so leben, dass man die Freiheit des anderen respektiert und fördert.“*

Mandela besaß die Weisheit und Größe, respektvoll mit den alten Feinden umzugehen und jegliche Rachegefühle aus der langen Zeit der Haft zu unterdrücken. Er war zu der Überzeugung gelangt, dass eine geregelte Aussöhnung mit den Weißen zielführender sei als eine gewaltsame Auseinandersetzung. Ebenso war er davon überzeugt, dass Aufrichtigkeit, Großzügigkeit und menschlicher Respekt in der politischen Auseinandersetzung sehr viel wirksamer sein können als Waffen, und verhandelte auf dieser Basis. Durch seinen Respekt vor dem anderen vermittelte er Vertrauen, dass eine schwarze Regierung die Weißen niemals in einer Art bedrohen würde, wie es die Weißen getan hatten. Schon in den letzten vier Jahren seiner Haft zeigten sich alle seine Verhandlungspartner nachhaltig beeindruckt von diesem Mann.

weiter auf übernächster Seite

BIBELWORTE – KURZ BETRACHTET

Das Ziel

Ich meine nicht, dass ich schon vollkommen bin und das Ziel erreicht habe. Ich laufe aber auf das Ziel zu, um es zu ergreifen, nachdem Jesus Christus von mir Besitz ergriffen hat. Ich bilde mir nicht ein, Brüder, dass ich es schon geschafft habe. Aber ich lasse alles hinter mir und sehe nur noch, was vor mir liegt. Ich halte geradewegs auf das Ziel zu, um den Siegespreis zu gewinnen. Dieser Preis ist das neue Leben, zu dem Gott mich durch Jesus Christus berufen hat.
(Phil 3, 12-14)

Aus dem Gefängnis schreibt Paulus diese Zeilen an seine Gemeinde in Philippi. Nach Mahnungen wegen interner Streitigkeiten, die dort offenbar zwischen Judenchristen und Heidenchristen um die rechte Gesetzesfrömmigkeit entstanden waren, beruft sich Paulus nun geradezu autoritär auf seine persönliche Glaubenserfahrung in der Begegnung mit Jesus Christus vor Damaskus. Im Vergleich dazu hat jetzt alles andere für ihn an Wert verloren; dem »neuen Leben«, der Teilhabe an der Auferstehung Jesu, will Paulus alles unterordnen. Daneben lässt er keine eigenen Werke und kein Gesetz mehr gelten. Darin soll die Gemeinde ihm folgen.

Es ist einerseits bewundernswert, wenn jemand sich so unbedingt einem Ziel verschreibt wie Paulus. Andererseits hatten andere das höchstpersönliche Glaubenserlebnis des Paulus eben nicht. Wenn Paulus sagt, dass nur der voraussetzungslose Glaube an Jesus Christus zu Gott führt, dann verkündet er eine Kausalität, die Jesus selbst nicht eingefordert hat. Mir kommt es so vor, als ob Paulus hier ähnlich wie bei der von ihm verurteilten Gesetzesfrömmigkeit der Juden verfährt, bei der die Einhaltung bestimmter Bedingungen denknotwendig zu bestimmten Konsequenzen führen soll. Ich kann eher für mich nachvollziehen, wenn Paulus schreibt: »*Ich will .. mich nur noch an das halten, was Gott durch Christus für mich getan hat. Darauf allein will ich vertrauen.*« – dies aber in dem Sinne, dass und wie uns Gottes Botschaft durch Jesu Lehre und Leben vermittelt wurde, ohne »Christus«-Dogmatik und ohne Erlösung durch den »Sühnetod« am Kreuz. Jesus hat uns – soweit wir das aus den Quellen überhaupt ableiten können – eine unfertige und bruchstückhafte Botschaft hinterlassen, eher Ratschläge in Form von Weisheitssprüchen und Gleichnissen, eher für das Leben auf der Erde als im Jenseits bestimmt. Dies alles aber auf dem Fundament eines festen unerschütterlichen Vertrauens in die Liebe und Zuwendung Gottes. Ich finde, auch wir können eine Zielmarke gut brauchen, aber nicht als fernes Ziel im Jenseits, sondern als Richtschnur für das Handeln in der Gegenwart. Unser Ziel und das Streben danach kommt bereits im Motto der Tempelgesellschaft gut zum Ausdruck: »Trachtet am ersten nach dem Reich Gottes«.

Jörg Klingbeil

Aber auch de Klerk war ein Realist. Das Apartheidsregime war diskreditiert, isoliert, internationale Sanktionen schwächten die Wirtschaft. Er besaß den historischen Mut, mit einem Schwarzen die Verhandlungen für ein neues Südafrika zu führen und zu Ende zu bringen.

Mandela wurde ANC-Parteichef, die letzten Apartheidgesetze wurden außer Kraft gesetzt und 1993 erhielten Mandela und de Klerk gemeinsam den Friedensnobelpreis. Nach den ersten demokratischen Wahlen in Südafrika wurde Mandela 1994 der erste schwarze Präsident des Landes.

Von seiner Frau Winnie hatte sich Mandela getrennt; die Ehe, aus der zwei Töchter hervorgingen, wurde 1996 geschieden. Zwei Jahre später, an seinem 80. Geburtstag, heiratete Mandela Graça Machel, die Witwe des mosambikanischen Präsidenten.

Zu den wichtigen Errungenschaften seiner Amtszeit gehörte die Einsetzung der Wahrheits- und Versöhnungskommission (TRC) unter der Leitung des ehemaligen anglikanischen Erzbischofs und Friedensnobelpreisträgers Desmond Tutu. Sie sollte die Verbrechen zur Zeit der Apartheid aufarbeiten und den schmerzhaften Prozess der Aufklärung abkürzen.

Der friedliche Machtwechsel wäre sicherlich auch mit den anderen klugen Köpfen des ANC möglich gewesen – aber dass er so reibungslos vonstatten ging, ist vor allem Mandela zu verdanken. Er hatte nicht nur eine warmherzige Art im Umgang mit anderen Menschen – er behandelte auch Wachmänner und Putzfrauen immer mit Respekt –, er hatte auch ein instinktives Gefühl für Symbolik und den damit verbundenen politischen Nutzen. Beispiele dafür sind sein Treffen mit der Witwe des Begründers der Apartheid, sein Gespräch mit jenem Staatsanwalt, der für ihn die Todesstrafe gefordert hatte, die neue Nationalhymne und sein Auftreten im Hemd der Rugbymannschaft ‹Springboks›. Die neue Nationalhymne ließ er aus dem Protestlied der Schwarzen und der Nationalhymne der Weißen zusammensetzen, obwohl das musikalisch kein großer Wurf werden konnte. Als im ANC gegen diesen Affront Widerstand aufkam, forderte er menschliche Großzügigkeit. Er sah klar den Vorteil, den Weißen ihr Lied zu belassen, damit beide Ethnien dadurch ein Teil des neuen Südafrika werden könnten. Die Rugbymannschaft war ein ausschließlich weißes Team und gewann 1995 den WM-Titel. Mandelas Auftreten bei der Siegerehrung im Team-Shirt signalisierte ebenfalls, dass das neue Südafrika auch eine Heimat der Weißen sei. Diese Handlungen überzeugten und zeigten der ganzen Nation, dass Mandela das lebte, was er propagierte: liebe, d.h. respektiere deine Feinde!

Mandela hatte nie eine zweite Amtszeit geplant, er hielt am 29. März 1999 seine Abschiedsrede und schied aus der aktiven Politik aus. Er unterstützte noch einige soziale Kampagnen und Menschenrechtsorganisationen, zog sich aber ab 2003 mehr und mehr aus der Öffentlichkeit zurück. Er starb am 5. Dezember 2013 im Alter von 95 Jahren, weltweit betrauert und geradezu als Heiliger verehrt. Desmond Tutu meinte, er sei vielleicht kein Heiliger gewesen, er habe jedoch Wunder bewirkt. *Karin Klingbeil*

Wer verdient Dank und wofür?

Ein weiterer Beitrag zum Jugendsaal am Dankfest stammt von Christine Klingbeil

Ich muss gestehen, dass ich zunächst nicht übermäßig begeistert war, als die Entscheidung fiel, dass wir »Jugendlichen« in diesem Jahr das Dankfest gestalten sollten. Auf den ersten Blick barg das Thema »Dank und Dankbarkeit« nicht allzu viele Facetten - gibt es doch Jahr für Jahr wieder einen Saal, der sich mit dieser Thematik beschäftigt. Was sollte es groß zu sagen geben, ohne sich zu wiederholen? Ich war sicher, dass wir alle doch irgendwie das Gleiche sagen würden: Ich bin dankbar für... Freunde, Gesundheit, Job, Familie. Doch nicht nur nach den Rückmeldungen der hier Mitwirkenden, die ihrerseits gewohnt Vielseitiges beizusteuern hatten, sondern auch nach meinen eigenen ersten Recherchearbeiten stellte ich schnell fest, dass ich gehörig daneben lag. Und mir wurde klar, dass das Dankfest uns zumindest einmal im Jahr Anlass bietet, sich bewusst zu machen, dass es unendlich viele Gründe gibt dankbar zu sein und dass diese Dankbarkeit auch gerne ausgedrückt und gelebt werden darf, ja sogar muss.

So stieß ich bei den Vorbereitungen auf meinen Beitrag auf eine Betrachtung von Dr. Bernhard Martin aus dem Jahr 1956 mit dem Titel »Von der Übung des Dankens«, die in der Zeitschrift Geist und Leben erschienen war. Darin beschäftigt er sich unter anderem mit der Frage, welche Taten des Dankes bedürfen und ob nicht die Entlohnung einer Arbeit des Dankes genug ist.

Und tatsächlich scheint es doch so zu sein, dass der sachlich denkende Mensch zwischen Leistungen, die sein Gegenüber vollbringen muss, und solchen, die er ungezwungen, also von sich aus verübt, unterscheidet. Nur letztere scheinen des Dankes würdig. Der Arbeiter, die Apothekerin, der Handwerker, die Hausfrau, die Sachbearbeiterin, der Schaffner, jeder berufstätige Mensch muss gewisse Pflichten erfüllen. Von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen, erhalten sie alle Geld für ihre Arbeit, die Entlohnung also. Damit, so scheint es, ist das Soll erfüllt.

Auch für mich ist die Vorstellung befremdlich, einem jeden Müllmann, Lehrer, Bäcker usw. für die Erfüllung seiner Aufgaben zu danken. Das mag einen Tag lang funktionieren und würde sicher zu einer Reihe von freudigen Gesichtern führen, aber langfristig ist diese Vorstellung doch nicht sonderlich alltagstauglich. Kann es nicht sogar sein, dass mein Dank an Wert verliert, wenn ich zu verschwenderisch damit umgehe – auch wenn ich es ernst meine? Oder will ich vor allem höflich sein? Und ist ein »Danke« dann noch ein Ausdruck meines ehrlich empfundenen Dankes oder nur noch eine Floskel? Ein »Danke« für das Rückgeld beim Bäcker (obwohl es mir ja zusteht – habe ich doch gerade meine Ware bezahlt), ein »Danke« für das Anreichen von verschiedenen Materialien im Büro (das kann nach dem 12. Mal auch nerven, wenn mein Kollege sich gerade konzentrieren

muss) oder ein »Danke« für das Wünschen von »Gesundheit« nach einem herzhaften Nießer.

Am eigenen Leib erfahren wir doch, dass ein Mangel an Dank zu Lasten des Miteinanders geht. Wir alle erwarten in gewissem Maße Dank als Zeichen der Anerkennung und Wertschätzung. Fakt ist aber, dass wahre, tief empfundene Dankbarkeit in unserer modernen, schnelllebigen Welt nur äußerst selten unser Handeln bestimmt.

Bernhard Martin führt als Gründe für den »Schwund der Dankbarkeit im modernen Leben« die folgenden Dinge an:

1. Wir treffen heutzutage zu dicht aufeinander, um stets Seelisches austauschen zu können: danken kann man daher nur im kleinen Kreis, in diesem gewissermaßen stellvertretend.

2. Die Lebensveränderung des modernen Menschen, der weithin zum Funktionalismus statt zum individuellen Leben neigt und damit bildlich gesprochen zum Rädchen in einer Maschine wird. Das Rädchen kann nur an seiner Stelle rollen und bedarf von außen her nichts weiter als der rechten Einordnung und Ölung – zu danken braucht es niemandem. Diese zunehmende Mechanisierung (sowohl in den Köpfen, als auch in der realen Welt) sieht Bernhard Martin als wesentlichen Grund für den Schwund der Dankbarkeit. Ich persönlich glaube, dass in den letzten 50 Jahren wiederum eine stärkere Fokussierung auf das »ICH« stattgefunden hat. Die Selbst- und Eigenständigkeit, der wir uns unterwerfen, bedingt, dass wir immer weniger auf andere angewiesen sind und sein wollen. Wo früher Großfamilien und Gruppen zusammen lebten und arbeiteten, steht jetzt das Individuum, ganz konzentriert auf die Erfüllung persönlicher Erwartungen, erschlagen vom Alltagsstress, nur noch bedingt Rädchen in einer Maschine als vielmehr Maschine selbst.

3. Als letzten Punkt führt Bernhard Martin das Bewusstsein des modernen Menschen an, gewisse Rechte zu besitzen, Rechte nutzen zu wollen, Rechte zu erkämpfen. Dieses »Rechtsbewusstsein«, das für sich betrachtet äußerst lohnenswert sei, hat seiner Meinung nach zur Folge, dass z.B. kaum noch ein Patient seinem Arzt dankt – ja, dass nur noch ein Teil von »Patienten« tatsächlich Patient ist, die übrigen konsumieren vermeintliche Rechte. Laut Martin tötet dieses Rechtsbewusstsein die Fähigkeit zu danken. Ich würde das heute wohl eher als Anspruchshaltung des modernen Menschen betiteln. Womit auch der Aspekt der finanziellen Entlohnung für eine geleistete Arbeit wieder einfließt. Mit der Bezahlung für eine bestimmte Leistung habe ich das Recht ihrer Erfüllung erworben.

Wo bleibt da noch Platz für Dank? Und worin kann das Danken im Wesentlichen bestehen?
Hier kann es nicht um ein bestimmtes äußeres Verhalten gehen – das wäre Teil einer guten Erziehung und Voraussetzung eines höflichen Miteinanders – sondern um Dank als Ausdruck einer Kerngesinnung bzw. als Kerngesinnung selbst. Laut Martin kann dieser Dank als freier personaler Bezug nur von Gott kommen. Mir gefällt die Vorstellung

eines staunenden Bewusstseins vor einer unübersehbaren Fülle an Gnaden, die die Existenz, die Existenzerhaltung und Existenzentwicklung betreffen und sich nur durch Dank beantworten lassen. Es ist dieser ursprüngliche und tiefe Dank, der uns durchweg im Alten und Neuen Testament begegnet. Wie z.B. in Ps 69,31 *Ich will den Namen Gottes loben mit einem Lied und will ihn hoch ehren mit Dank*. Oder in Offb 7,12 *und sprachen: Amen, Lob und Ehre und Weisheit und Dank und Preis und Kraft und Stärke sei unserm Gott von Ewigkeit zu Ewigkeit! Amen.*

Ein solch tiefer Dank als Grundgesinnung für sein Leben setzt eine bewusste Gottesbeziehung voraus. Und das Vermögen, seine eigene Existenz als Geschenk zu erkennen.

Christine Klingbeil

Asylrecht - Verpflichtung und Realität

Teil I: Die derzeitige Situation

Das Problem existiert seit dem Zweiten Weltkrieg mit seinen Millionen von Entwurzelten; und seit dem Schiffunglück vor Lampedusa mit ca. 200 Toten ist es auch wieder in der Öffentlichkeit präsent: das elende Schicksal von unzähligen Flüchtlingen. Es ist nicht so, dass nichts für sie getan würde. Seit der Gründung der UNO unterhält sie das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR), das - zumindest in den armen Ländern - Lager erstellt und betreibt, in denen Hunderttausende von Flüchtlingen einigermaßen sicher sind und mit dem Nötigsten versorgt werden; viele kleinere Gruppen und Organisationen organisieren sich zusätzlich - und alle Politiker sagen, dass man dem Elend abhelfen müsse -, und doch wird dieses Elend nicht oder kaum kleiner. Woran liegt das?

Zum einen an der schieren Zahl: das UNHCR schätzt, dass weltweit ca. 45 Millionen Menschen auf der Flucht sind. Zwar bleiben mehr als die Hälfte im eigenen Land, in Lagern oder bei Freunden - meist Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge, die auf Frieden hoffen und dann so schnell wie möglich zurück wollen. Aber es bleiben dann immer noch ca. 20 Millionen, die von anderen Ländern aufgenommen werden müssen. Da sind auch 100 oder 1000 Lager nur ein Tropfen auf einen heißen Stein.

Und vor diesen Millionen hat Europa Angst - nicht ganz zu Unrecht, denn der größte Teil davon will tatsächlich hierher.

Sie kommen hauptsächlich aus dem Nahen Osten und aus Schwarzafrika. Die Gründe sind - in unterschiedlicher Gewichtung: politische und religiöse Unterdrückung und Verfolgung, Krieg und Bürgerkrieg, wirtschaftliches Elend. In manchen der schwarzafrikanischen Staaten haben mehr als die Hälfte aller Jüngeren keine Arbeit und keinerlei Lebensperspektive. Und für sie alle ist Europa das einzige wenigstens theoretisch erreichbare Ziel. Und damit hatten und haben wir das Problem vor unserer Haustür.

Zur gegenwärtigen Situation: eine legale Einreise gibt es nur über das Asyl-

recht. Konkret bedeutet das: die Flüchtlinge dürfen einreisen, müssen dann aber sofort Asyl beantragen. Wird es ihnen gewährt, dürfen sie bleiben und sind mehr oder weniger den deutschen Staatsbürgern gleichgestellt. In Deutschland steht das lapidar und eindeutig in der Verfassung von 1949 »Politisch Verfolgte genießen Asylrecht« (religiös Verfolgte sind unausgesprochen mit inbegriffen – das war damals noch kein Thema). Es steht sogar im »Allerheiligsten« des Grundgesetzes, im Menschenrechtskatalog, dessen Bestimmungen von keiner Regierung und keiner Parlamentsmehrheit aufgehoben werden können. Ergänzungen und Einschränkungen in Einzelaspekten sind möglich, aber nur mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament. Und es ist unmittelbar geltendes Recht: ein Flüchtling, der seine Ablehnung als unberechtigt empfindet, kann vor Gericht dagegen klagen - wenn er sich das zutraut. Das ist meines Wissen nur in Deutschland so, anderswo wird zwar ähnlich verfahren, aber das Asylrecht ist nicht so eindeutig festgelegt. Der Grund ist nicht, dass Deutschland so viel fremdenfreundlicher wäre als andere, sondern die Tatsache, dass 1949 den deutschen Politiken (beim Volk war es noch anders) noch sehr gegenwärtig war, dass die Schuld für das damalige Flüchtlingselend allein bei den Deutschen lag. Das gilt für die heutige Situation nicht mehr. Trotzdem würde wohl auch kein deutscher Politiker es wagen, an diesem Flüchtlingsrecht zu rütteln, und das ist gut so.

Aber diese an sich gute Regelung hat zwei Schönheitfehler:

a) einen kleineren: Asylrechtsentscheidungen dauern oft sehr lange: bei Personen, die keine Papiere mehr haben und mit denen man nur über Dolmetscher sprechen kann, ist es schwierig, herauszufinden, wer nun politisch Verfolgter ist und wer nicht.

Und in dieser Zeit können die Bewerber nur untätig im Lager sitzen und warten. Werden sie anerkannt, dürfen sie bleiben und haben dann in etwa die gleichen Rechte und Pflichten wie deutsche Bürger; wenn nicht, werden sie zurückgeschickt.

b) und einen sehr großen: Wirtschaftsflüchtlinge bleiben ausgeschlossen, bis heute. Ihnen bleibt nur der Versuch der illegalen Einreise oder der Erlangung von Asyl durch falsche Angaben.

Als in den 90er Jahren die Grenzkontrollen innerhalb der EU aufgehoben wurden, war die Angst groß, dass man nun den weiter wachsenden Zustrom von Flüchtlingen noch weniger würden eindämmen können. Schließlich könnte dann ein Flüchtling in Deutschland Asyl beantragen und, wenn es ihm nach einem Jahr verweigert würde, problemlos nach Frankreich gehen und dort das Gleiche tun, dann nach Holland u.s.w., durch alle EU-Staaten hindurch. So hätte er ca. 15 Jahre zwar nicht in Freiheit, aber in relativer Sicherheit zubringen können. Das war wohl eine ziemlich irreale Vorstellung; aber Angst ist nicht rational. So suchte man eine EU-weite Regelung, die von allen Mitgliedstaaten akzeptiert wurde und die die Flüchtlinge möglichst weitgehend ausbremste.

Was dabei herauskam, war das mehr als schäbige sog. Schengen-Abkommen, das bis heute gilt: ein Flüchtling muss seinen Asyl-Antrag in dem Land stellen, in dem er zuerst EU-Boden betritt. Konkret: aus dem Osten und dem hohen Norden waren keine Flüchtlinge zu erwarten, den Westen schirmte der stürmische Atlantik ab. So blieb als Einfallstor nur der Süden, wo es so gut wie keine Landgrenzen gab, nur lange Küsten. Zwar ist das Mittelmeer mit den kleinen, oft kaum seetüchtigen Booten, die von Schleuserbanden gestellt werden, befahrbar; aber die Gefahr des Kenterns ist enorm hoch und die Schleuser verlangen viel Geld (das meist von den Großfamilien für einen Flüchtling aufgebracht wird). Wahrscheinlich erwartete man, dass beides zusammen die meisten Flüchtlinge abschrecken würde.

Das erwies sich als Irrtum. Der Zustrom hielt und hält unvermindert an - was zeigt, wie verweifelt diese Menschen sind. Auch ein enormes Risiko ist ihnen lieber als ein Leben in Hoffnungslosigkeit.

Vielleicht war es so nicht beabsichtigt, aber tatsächlich ist das Ergebnis dieser Regelung eine schreiende Ungerechtigkeit: die reichen Staaten in der Mitte der EU hatten sich das Problem vom Hals geschafft, die lange Last fiel und fällt bis heute auf die Mittelmeer-Anrainer Griechenland, Italien und, in geringerem Maß, Spanien - zumindest die ersteren gehörten zu den ärmsten und am schlechtesten organisierten Staaten der EU, was allerdings noch nicht so klar erkennbar war wie seit der Wirtschaftskrise.

Sie »lösten« das Problem auf ihre Weise: sie steckten die Flüchtlinge in Lager, die sich, bis auf die Gaskammern, wenig von Konzentrationslagern unterscheiden: nach außen mit Stacheldraht abgeschottet, innen 3-4 fach überbelegte Räume, miserable Sanitäranlagen, unzureichende Ernährung u.s.w. Auf zahlreiche Klagen hin ließ die EU die italienischen Lager inspizieren und mindestens zwei davon sofort schließen wegen »menschenunwürdiger Zuständen«.

Damit standen die Menschen auf der Straße, ohne Geld, ohne Unterkunft, ohne Pässe - die halten ihnen die Schleuser weggenommen. Sie schliefen im Freien und lebten vom Betteln - arbeiten durften sie nicht. Als das den Anwohnern lästig wurde, fand die italienische Regierung einen genialen Trick: sie stellte den Flüchtlingen Touristenvisa aus (gültig für drei Monate) und zahlte ihnen Fahrkarten nach Deutschland. Die Bundesregierung beschwerte sich in Rom (die italienische Praxis wurde wieder aufgegeben) und verteilte die bisher Angekommenen auf die eigentlich zuständigen Länder, die ihre je eigenen (Nicht-) Lösungen entwickelten. Beispiel Hamburg: die 300 Ankömmlinge wurden polizeilich registriert und erhielten Blätter, in denen - auf deutsch - stand, wo überall sie sich nicht aufhalten durften. Mehr Fürsorge scheint dem Hamburger Senat bis heute nicht geboten zu sein, schließlich sind die Leute ja illegal gekommen - was sie selbst gar nicht wussten. Nach EU-Gesetz müsste man sie zurückschicken, aber das geht in den meisten Fällen nicht. Zwar ha-

ben die Heimatländer sich verpflichtet, ihre eigenen Bürger wieder zurückzunehmen, aber sie verlangen, verständlicherweise, Belege für diese Staatsbürgerschaft. Und die sind ohne Pässe kaum zu erbringen. Die Flüchtlinge werden also wohl bleiben, nur wissen bislang weder sie selbst noch die zuständigen Behörden wie. Das ist ein unhaltbarer Zustand.

Seit einigen Jahren setzt die EU ein neues Mittel der Flüchtlingsbekämpfung ein, genannt Frontex: eine kleine Flotte von EU-eigenen wendigen bewaffneten Schiffen. Sie sollen Flüchtlingsboote ausfindig machen und, notfalls mit Gewaltandrohung, zurück zur afrikanischen Küste drängen. Gebracht hat es wohl nicht viel. Der Zustrom hat sich in den letzten zwei Jahren stark erhöht. Deshalb soll die Überwachung jetzt weiter verbessert werden. Schon jetzt kostet Frontex 85 Millionen Euro im Jahr. Im Zweifelsfall wäre das Geld in Hilfe für die Flüchtlinge besser angelegt, als in Maßnahmen gegen sie. Zum Schluss noch ein Beispiel, das 2-3 Jahre zurückliegt und die Absurdität der Lage grell beleuchtet. Ein Kapitän - nicht von Frontex - hatte eine größere Anzahl Schiffbrüchiger aus einem absaufenden Flüchtlingsboot gerettet und wollte sie zum nahen Sizilien bringen. Aber dort wurde ihm von der italienischen Regierung die Einfahrt in den Hafen verweigert und verlangt, die Menschen nach Afrika zurückzubringen. Er weigerte sich und erreichte mit einem Hungerstreik schließlich, dass die Leute an Land gehen durften. Er selbst wurde von seiner Reederei entlassen und vor Gericht angeklagt, wegen Beihilfe zur illegalen Einwanderung.

Das löste weltweit Empörung aus, denn nach internationalem Recht ist auf See die Rettung Schiffbrüchiger oberstes Gebot. Daraufhin wurde er freigesprochen. Wieder eingestellt wurde er nicht.

Immerhin wurde daraufhin international klar gestellt, dass die Rettungspflicht auf See allen anderen Gesetzen und Regelungen vorgeht.

Brigitte Hoffmann

WOHER TEMPLERFAMILIEN STAMMEN

Die Franks vom Albvorland II. Matthäus Frank aus Neuffen

Meinen letzten familiengeschichtlichen Rückblick leitete ich mit der Bemerkung ein, dass die Entstehung der Tempelgesellschaft nicht nur einer einzelnen führenden Person zu verdanken gewesen sei, sondern einer Reihe von Persönlichkeiten »aus der zweiten Reihe«. Bei Matthäus Frank aus Neuffen (geb. 1846), dem Cousin von Hansjörg Frank (geb. 1820) aus Linsenhofen, den ich im letzten Heft vorgestellt hatte (die Mitglieder einer Generationsstufe liegen in der Frank-Sippe, wie ersichtlich, zeitlich weit auseinander), handelt es sich um eine solche Persönlichkeit.

In dem damals kleinen Dorf Neuffen, hart am Albrand und nahe der alten Burg Hohenneuffen gelegen, hatte die Werbetätigkeit von Christoph Hoffmann und seinen Freunden viele »Jerusalemsfreunde«

in ihren Bann gezogen. Vermutlich gehörten viele der entsprechenden Familien pietistischen Gemeinschaften an und wurden dadurch auf die Idee der »Gesellschaft zur Sammlung des Volkes Gottes in Jerusalem« aufmerksam. Den Entschluss, die Heimat aufzugeben und das Wagnis eines Neuanfangs in einer noch unbekannten Gegend der Welt einzugehen, hatten sicher nicht alle dieser Jerusalemsfreunde gefasst. Nach unseren Ermittlungen sind jedoch tatsächlich aus Neuffen 16 Personen aus 7 Familien ausgewandert, darunter solche mit noch heute in der Tempelgesellschaft erhalten gebliebenen Templernamen wie Aberle, Faig, Breisch, Hess, Doster, Rohrer und, wie gesagt, Frank.



Hohenneuffen

Matthäus Frank wanderte aber nicht direkt nach Palästina aus, sondern war – zunächst wegen der für Christen damals noch nicht erlaubten Einreise ins Heilige Land – 1866 (also im Alter von nur 20 Jahren) nach Südrussland gezogen, wo er in Odessa zusammen mit seinem Neffen gleichen Namens Matthäus Frank (geb. 1847) aus Linsenhofen und Daniel Strecker eine Tischlerei betrieb. Erst nachdem die führenden Leiter des Tempels Hoffmann und Hardegg mit ihren Familien den Anfang des »Zuges nach Jerusalem« unternommen hatten, übersiedelte der Neuffener Frank Anfang November 1870 ebenfalls in den Orient.

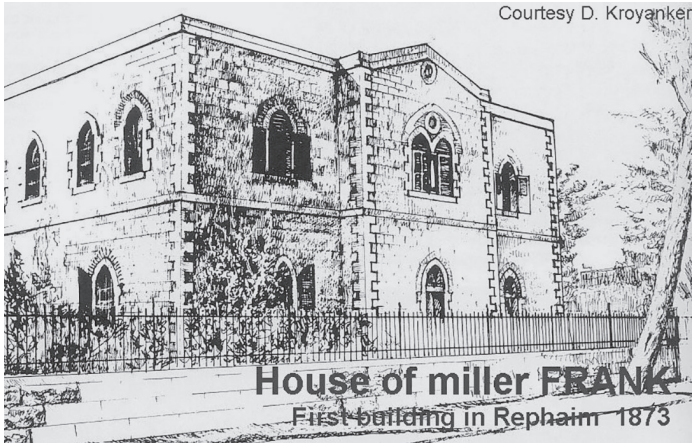


FRANK Matthäus und Gertrud

Nachdem er in Jaffa die Ehe mit der aus einer russlanddeutschen Familie stammenden Gertrud Schmidt eingegangen war, entschied sich das junge Ehepaar, nach Jerusalem zu ziehen und zunächst dort in der Altstadt eine Mühle zu betreiben. Offenbar hatte Matthäus schon in seiner Russland-Zeit unter den Deutschen das Müller-Handwerk erlernt, das jetzt auch in der neuen Umgebung ihren Lebensunterhalt sichern sollte.

Gertruds Vater Nikolai Schmidt (geb. 1815) war unter den Templern in Russland (diese hatten sich schon in den 1860er Jahren von den Mennoniten getrennt) als Schulleiter und Prediger eine anerkannte Persönlichkeit. Er hatte mit anderen zusammen in der mennonitischen Hauptortschaft Gnadenfeld (heute Ukraine) eine Privatschule gegründet und den angehenden Lehrer Johannes Lange zur weiteren Ausbildung auf die Schule von Christoph Paulus in der Tempelgemeinde Kirschenhardthof nach Württemberg geschickt. Dies führte seinerseits zu einer immer

stärkeren Förderung der Tempelbewegung, besonders im Zusammenhang mit der Trennung der Templer von den Mennoniten und der Gründung eigener Gemeinden am Kaukasus. Aus den Aufzeichnungen von Heinrich Sawatzky (ebenfalls als Mennonit in Russland aufgewachsen) geht hervor, wie häufig Nikolai Schmidt andere Templer aus seinem Vermögen finanziell unterstützt hat: »Als vermögender Mann und als Menschenfreund hat er mit gutem Rat und hilfreicher Tat die schwer um ihre Existenz kämpfenden, meist ärmeren Siedler unterstützt und manche Not



»Ebenezer 1« heute: Emek-Refaim Nr. 6

gelindert. Davon konnte man noch in den 80er Jahren viel erzählen hören, von Deutschen und Russen, denn auch Letzteren hat er so manche Wohltat erwiesen.« (Heinrich Sawatzky, »Templer mennonitischer Herkunft«, 1955).

Das zeigte sich besonders, als er mit eigenen Mitteln in der Nähe der Altstadt von Jerusalem eine größere Landfläche für eine Schafzucht erwarb. Schon im Nordkaukasusgebiet hatte er eine erfolgreiche Schaffarm betrieben. Hier wollte er seiner Tochter und dem Schwiegersohn eine weitere Erwerbsgrundlage schaffen. Das Ehepaar Frank nahm dieses Angebot dankbar an und erbaute sich auf der bis dahin unbebauten Rephaim-Ebene vor den Toren der Stadt 1873 ihr erstes Eigenheim. Über dem Eingang war die Inschrift zu lesen: »Ebenezer«, ein Wort aus der biblischen Geschichte vom Kampf der Hebräer gegen die Philister, was bedeutet: »Bis hierher hat der Herr geholfen«.

Zum Wohnhaus gehörte nun auch eine Mühle (zunächst eine Scheibenmühle, die später zur Dampfmühle umgebaut wurde), es ist das heutige Gebäude Emek-Refaim Nr. 6. Bei der Grundsteinlegung hatte Matthäus Frank von dem Glauben gesprochen, der dem Hausbau zugrunde liegen sollte: »Ich freue mich, etwas vom Wort der Verheißung in Erfüllung gehen zu sehen, dass die alten Wüstungen wieder bebaut werden, und schätze mich glücklich, an dieser allen Christen anempfohlenen Aufgabe mithelfen zu können. Wir wurden besonders an dieses Wort der Weissagung gemahnt, als wir bei den Erdarbeiten überall auf die Spuren früherer Kultur stießen, die noch soweit erhalten sind, dass wir einiges

davon benützen können« (»Süddeutsche Warte« 1873, S.87).

Franks Schwiegervater, der gerade aus Russland zu Besuch war, meinte, dass es nicht gut sei, »allein da draußen« zu wohnen, und sie beschlossen, auf dem erworbenen Gelände eine Kolonie für Templer anzulegen. Der ursprüngliche Plan, eine Schafzucht aufzuziehen, wurde nach einiger Zeit aufgegeben. Templer gab es zu dieser Zeit schon zahlreiche (nach »Warte«-Angaben: 72) in Jerusalem, aber sie wohnten alle in der Altstadt und gingen dort ihrem Handwerksberuf nach. Mit dem Hausbau von Matthäus und Gertrud Frank war aber jetzt die Grundlage für eine neue Siedlungsgemeinschaft entstanden. Aus der einstigen öden Steinwüste entwickelte sich in der Rephaim-Ebene im Lauf der Jahre eine mit vielen Bäumen und Sträuchern durchzogene blühende deutsche Siedlung – nach Urteil von Engländern »das schönste Fleckchen Erde bei Jerusalem« und heute der Stadtteil mit den höchsten Immobilienpreisen des ganzen Landes.

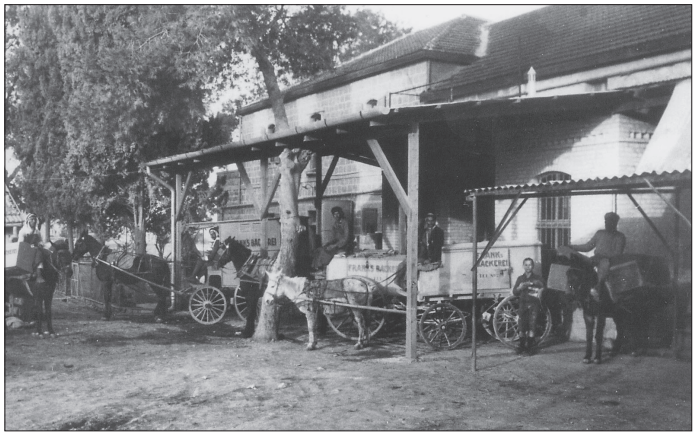
Man kann mit Recht feststellen, dass die Tempelgemeinde von Jerusalem (anfänglich auch »Rephaim-Gemeinde« genannt) eine Gründung von Templer-Handwerkern war. Zwar hatte Christoph Hoffmann schon 1854 das Ziel Jerusalem vorgegeben und dann 1878 tatsächlich die Zentralleitung des Tempels und die Höhere Tempelschule dorthin verlegt, aber der Anfang war nicht von der Leitung gesetzt worden, sondern von Mitgliedern. Die ersten in der Rephaim-Ebene ansässig gewordenen Templer bildeten das Fundament der danach entstandenen Gemeinde.



Kolonie Rephaim ca. 1890

In einer deutschen Zeitschrift wurden die Verdienste dieser Handwerker damals so gewürdigt: »Den Nutzen der Handwerker sowohl für die 190 europäischen Bewohner Jerusalems als auch für die zahlreichen Reisenden wird jedermann ermessen können, der einmal bei eintretenden Defekten in seiner Ausrüstung einem arabischen Arbeiter in die Hände gefallen ist.« Etliche der Templer-Handwerker waren auch an der Ausführung der großen christlichen

Bauwerke in Jerusalem beteiligt. Der Frankschen Mühle schloss sich einige Zeit später noch eine Bäckerei an. In der Erinnerung von Brigitte Kneher, die in Jerusalem aufgewachsen ist, hat es auf der Straße in der Nähe der Bäckerei immer köstlich nach Frischgebackenem geduftet. Lange Zeit war das Ausfahren von Brot und Backwaren zu den Verbrauchern mit einem eigenen Fuhrwerk eine Selbstverständlichkeit, wie auf dem Bild zu sehen ist.



Fuhrpark der Bäckerei FRANK

Zu den Nachkommen des Jerusalemer Müller-Ehepaares Frank gehören zahlreiche Persönlichkeiten mit besonderer Biografie, wie z.B. der Sohn Jonathan (Jone) Frank, mit den Brüdern Kaltenbach Mitbegründer der mechanischen Werkstätte des Hama-Werkes in Haifa, Mitglied des Tempelrates und ab 1934 Gemeindevorsteher in Haifa als Nachfolger von Philipp Wurst, der Tempelvorsteher wurde; oder der Sohn Fritz Frank, Palästina- und Wüstenkenner, der im Ersten Weltkrieg gegen die aus Ägypten vordringenden Engländer eingesetzt wurde und, als Beduine verkleidet, für die deutsch-türkische Armee in der Negev-Wüste Kundschafterdienste versah.

Die Enkeltochter der Müllersleute, Hildegard Buchhalter, hat ihren Großeltern ein Denkmal eigener Art gesetzt, indem sie die beiden aus ihrer persönlichen Erinnerung heraus in Modelliermasse formte und mit den typischen Kleidungsstücken versah. Die Figuren stehen heute im Archivraum unseres Gemeindehauses in Stuttgart.

Peter Lange, TGD-Archiv

In der Reihe »Woher Templerfamilien stammen« wurden in der »Warte« bisher folgende Familien vorgestellt:

WENNAGEL (1993/09), KELLER (1994/01), BULACH (1994/03), STRUVE (1994/04), FAST (1994/06), SCHUMACHER (1994/10), EPPINGER (1995/03), ROHRER (1995/09), LANGE (1996/01), HOFFMANN (1996/06), ABERLE (1996/12), SCHMIDT (1999/02), WÄCHTER (2000/02), WAGNER (2001/01), BECK (2001/04), BLAICH (2002/10), SANDEL (2006/05), ZACHER (2006/06).

Auf Wunsch können Hefte mit diesen Beiträgen nachgeliefert werden.